

Reaktionen katholischer Geistlicher auf die Beschlüsse der KSZE-Konferenz

Die Katholische Kirche publizierte die Beschlüsse der KSZE-Konferenz in ihren kircheneigenen Zeitungen und diskutierte in den Gemeinden die zugesicherte Einhaltung der Menschenrechte. Das MfS überwachte die kircheninterne Kommunikation durch Inoffizielle Mitarbeiter.

Im August 1975 unterzeichnete die DDR die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf dem Papier verpflichtete sie sich damit zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Land. Nach der Unterschrift unter das Vertragswerk beauftragte jedoch die SED ihre Geheimpolizei, unerwünschte Nebenwirkungen, wie das Beharren der Menschen auf Ausreise oder zunehmende Westkontakte, zu bekämpfen – den Bürgern der DDR also weiterhin ihre Menschenrechte vorzuenthalten.

Auch die Kirchen beriefen sich auf die Beschlüsse von Helsinki und hofften auf die Durchsetzung der darin garantierten Menschenrechte auch in der DDR. Dabei ging es den Kirchen vor allem um die die Freiheit der Bürger, ihren Glauben ungehindert und ohne gesellschaftlichen Nachteil praktizieren zu dürfen. Die Kirchen waren ein Schutzraum, der sich staatlicher Kontrolle teilweise entzog, standen jedoch unter Beobachtung durch die Staatssicherheit. Dies platzierte auf allen Ebenen des Kirchenapparates Inoffizielle Mitarbeiter.

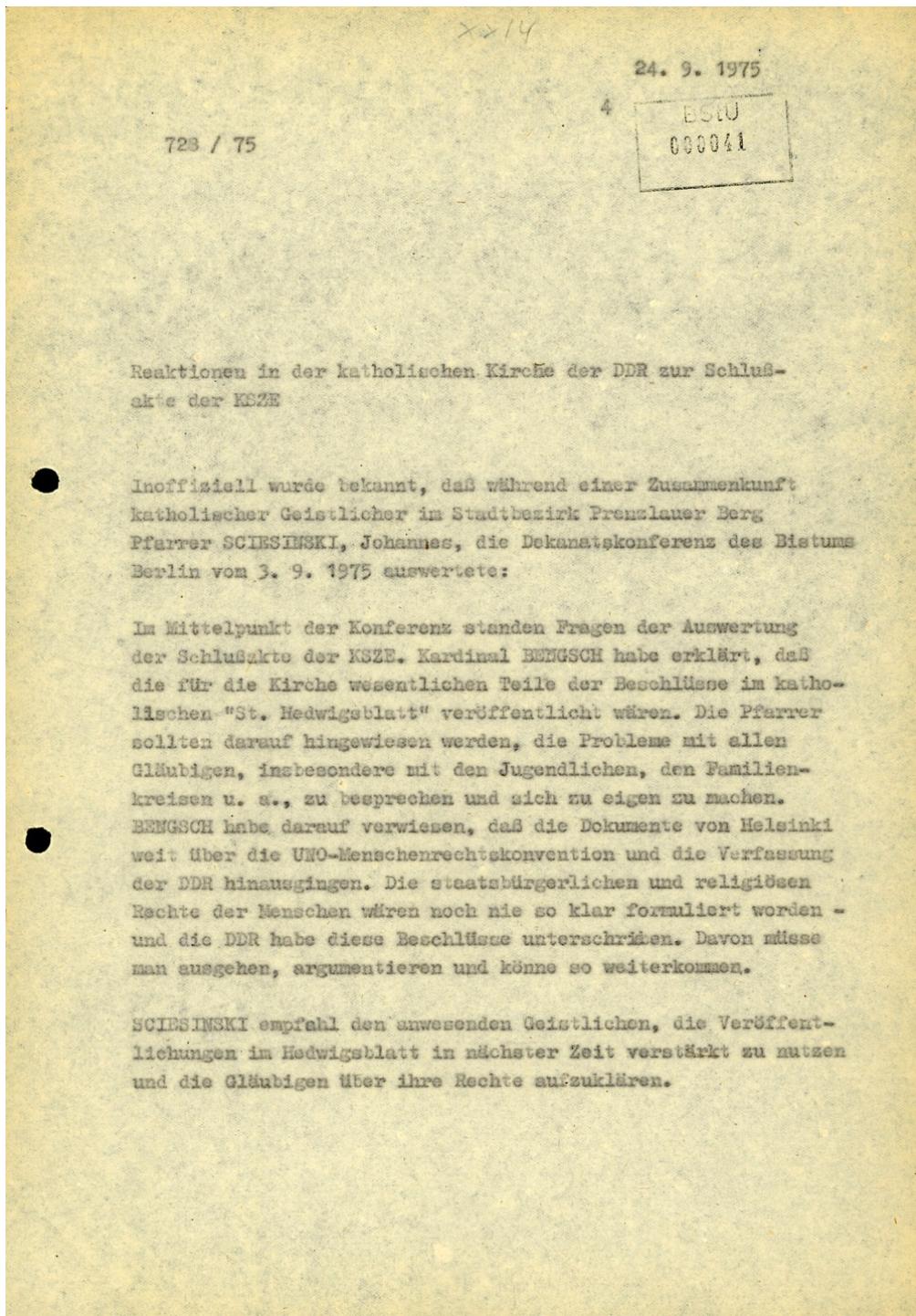
Nach der Konferenz von Helsinki veröffentlichte die katholische Kirche Auszüge aus den Beschlüssen der KSZE-Schlussakte in kircheneigenen Medien. Der vorliegende inoffizielle Bericht stellt fest, dass die katholische Kirchenleitung die Gläubigen dazu anhielt, sich mit den Beschlüssen vertraut zu machen und sich auf sie zu berufen.

Signatur: BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 273, Bl. 41-42

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung XX, Datum: 24.9.1975
Abteilung 4

Reaktionen katholischer Geistlicher auf die Beschlüsse der KSZE-Konferenz



Reaktionen katholischer Geistlicher auf die Beschlüsse der KSZE-Konferenz

- 2 -

BStU
000042

Während einer Veranstaltung einer Berliner KOLPING-Familie (katholische Laienorganisation) erklärte der Gemeindepfarrer ENGEMANN, daß er ständig um Erläuterungen gebeten werde, weil sich aus den Ergebnissen von Helsinki angeblich "Spielraum für Spekulationen" ergeben. Er verwies auf die Veröffentlichungen im Hedwigsblatt und meinte, daß er nichts hinzuzufügen habe. Anschließend las er die Artikel vor. Eine Diskussion darüber wurde nicht geführt.

Wie die Überprüfung des genannten "St. Hedwigsblattes" ergab, sind dort

- die Botschaft des Papstes an die Konferenz in Helsinki,
- die Erklärung von Erzbischof Casaroli während der Konferenz
- Punkt VII der "Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten" (Korb 1) sowie die Formulierung
- Korb 3, Punkt 1 (d)
"Sie (die Teilnehmerstaaten) bestätigen, daß religiöse Bekennnisse, Institutionen und Organisationen, die im verfassungsmäßigen Rahmen der Teilnehmerstaaten wirken, sowie ihre Vertreter in den Bereichen ihrer Tätigkeit untereinander Kontakte und Treffen haben sowie Informationen austauschen können." abgedruckt. Irgendwelche Erklärungen oder Erläuterungen dazu wurden nicht gegeben.